

# KarIMUN 2017 – Menschenrechtsrat

Study Guide – Thordis Ingwersen – Javed Lindner



## Thema 1:

# Moderne Sklaverei – Zwangsarbeit und Konsumverantwortung

## Einführung:

Sklaverei ist ein Begriff, den heute viele Menschen mit der Vergangenheit assoziieren. Doch gerade im 21. Jahrhundert gibt es wieder vermehrt der Sklaverei ähnliche Arbeitsverhältnisse. Moderne Sklaverei tritt in Form von Zwangsarbeit, Haft in Arbeitslagern, Kinderarbeit, Zwangsprostitution und erzwungenem Militärdienst, aber auch in Form von Leibeigenschaft und wirtschaftlicher Ausbeutung auf.

Für diese Beschäftigungsverhältnisse lassen sich nur schwierig genaue Zahlen feststellen und die Dunkelziffern sind hoch. Geschätzte Zahlen von Menschen in der Sklaverei ähnlichen Verhältnissen variieren zwischen mindestens 12 Millionen und bis zu 45 Millionen. Der Global Slavery Index verortet 58% aller Arbeitenden in diesen Verhältnissen in den fünf Ländern Indien, China, Pakistan, Bangladesch und Usbekistan. In Nordkorea befinden sich laut Schätzungen 4,3 Prozent der gesamten Bevölkerung in der Sklaverei ähnlichen Verhältnissen.

Auch vor dem Hintergrund dieser Zahlen ist schon ein Arbeiter dieser Art einer zu viel. Nicht zuletzt, weil in Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen festgehalten ist: Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.

## Sklaverei in der Geschichte

Eine einfache Definition von Sklaverei beschreibt eine Situation, in der ein Mensch als Eigentum eines anderen Menschen angesehen und als solches behandelt wird.

Diese Form der Sklaverei war sowohl in der Antike als auch im Mittelalter (dort in Form von Leibeigenschaft) weit verbreitet und wurde vermutlich auch schon vor der Antike praktiziert. Kriegsgefangene wurden verschleppt und zur Arbeit gezwungen und ihre Nachkommen direkt in die Sklaverei geboren.

In anderen Fällen wurden Kinder von ihren Eltern oder auch anderen Verwandten verkauft. Dies geschah häufig aus der Hoffnung heraus, eine allgemein bessere Lebenssituation für die Kinder zu erreichen. Probleme, die eigenen Kinder versorgen zu können oder andere Geldnöte oder Schulden, spielten jedoch auch häufig eine Rolle beim Verkauf der Kinder in die Sklaverei. Obwohl die Hoffnung auf eine bessere Lebenssituation die Ausgangssituation für den Handel war, konnte diese Hoffnung meist für die ganze Familie und erst recht für die Objekte des Geschäfts erfüllt werden. Im Gegenteil wuchs durch die Anhängigkeit in fast allen Fällen die Armut weiter an.

Auch Schulden konnten zum Teil ganze Familien in die Schuldknechtschaft zwingen. In Fällen großer Armut konnte z.B. ein rettendes Medikament für ein krankes Familienmitglied hohe Schulden

verursachen. Selbst wenn es sich um einen Wert von umgerechnet nur 20 Euro handelte, mussten Familien häufig einen Kredit aufnehmen bzw. einen Handel eingehen, an dessen Ende die Schulden bei den Gläubigern abgearbeitet werden sollten. In dieser Schuldknechtschaft lastete der Gläubiger den Schuldnern dann häufig für Dinge wie Transport, Unterkunft und Ernährung weitere Schulden auf, die die ursprünglichen Summen um ein Vielfaches überragen konnten, sodass die Personen immer weiter in die Abhängigkeit verstrickt wurden.

Die ersten Ideen, die Sklaverei abzuschaffen, begannen im 18. Jahrhundert unter Intellektuellen in Europa Fuß zu fassen und liefen dann auf die Erklärung im Wiener Kongress 1815 hinaus, in der die europäischen Mächte erwähnten, die Sklaverei beenden zu wollen. Als sich 1840 Staatsvertreter aus Europa und Nordamerika zur World Anti-Slavery Convention in London trafen, setzte sich durch den politischen Druck allmählich die Erkenntnis im öffentlichen Diskurs durch, Sklaverei müsse offiziell verboten werden, was schließlich nach der Änderung der amerikanischen Verfassung 1865 in den USA und in weiten Teilen Europas auch geschehen war. Allerdings bedeutete ein offizielles gesetzliches Verbot noch lange nicht das Ende der Sklaverei.

### Aktuelle Entwicklungen:

1926 gab es ein erstes internationales Übereinkommen über die Sklaverei. Dieses erste Übereinkommen durch den Völkerbund, genannt Sklavereiabkommen, enthielt jedoch lediglich die Formulierung, auf die Abschaffung der Sklaverei hinarbeiten zu wollen.

Mit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen wurde schließlich 1948 erstmals ein Verbot in einem multilateralen Abkommen festgeschrieben. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte dient bis heute als grundlegender Leitsatz für Menschenrechte, ist aber nicht völkerrechtlich bindend.

Formal datieren einige Historiker die rechtliche Abolition der Sklaverei in ihrer herkömmlichen Definition auf das Jahr 1970 im Zuge des Verbots der Sklaverei im Oman, obwohl auch noch danach weitere Verbote, wie zum Beispiel das der Schuldknechtschaft in Nepal, folgten. Letztendlich dauerte es bis zum Inkrafttreten des UN-Zivilpakts 1976, das Verbot der Sklaverei völkerrechtlich bindend auf der Ebene der Vereinten Nationen durchzusetzen.

Die rechtlichen Grundlagen und die Realität weichen hier jedoch in nicht seltenen Fällen voneinander ab. So duldeten gerade die Kolonialmächte im 19. und 20. Jahrhundert wie Großbritannien, Frankreich oder auch Japan Sklaverei und Zwangsarbeit in ihren Kolonien, während die Sklavenhaltung in den eigenen Staaten verboten war. Hinzu kommt, dass es angesichts verschiedener staatlicher Entwicklungen in gewisser Weise einen fließenden Übergang von „klassischer“ zu moderner Sklaverei gegeben hat.

Das Ziel, Sklaverei zu ächten und zu verbieten, ist also bis heute nicht erreicht. Lediglich die Formen der Abhängigkeit und Sklaverei haben sich – auch im Zuge der Globalisierung – verändert.

Mit der großen Verfügbarkeit und dem großen Angebot an Konsumgütern wird der Verkaufspreis im Zuge der Globalisierung zu dem kaufentscheidenden Faktor für die Unternehmen, aber auch für

Verbraucherinnen und Verbraucher. Dies baut einen enormen Preisdruck auf Lieferanten und Produzenten auf, der mit zunehmender Konkurrenz immer weiter wächst.

Ein variabler und sehr leicht zu beeinflussender Faktor bei der Produktion und in der Verarbeitung von Konsumgütern ist der Arbeitslohn. Auch wenn es vor dem Hintergrund der heutzutage geltenden Illegalität von Sklaverei widersprüchlich klingt, waren Sklaven als Arbeitskräfte früher knapper und somit teurer als heute.

Um Verlusten durch Preisdruck und Dumpingpreise entgegenzuwirken, stellen Sklaven also günstige, „attraktive“ Arbeitskräfte dar. Viele große Konzerne und Unternehmen bzw. häufig deren Zulieferer nutzen das Fehlen von Arbeitsschutzregelungen und Mindestlöhnen in Schwellen- und Entwicklungsländern aus, um möglichst billig zu produzieren und damit den Gewinn zu maximieren.

Mit einem Trend in Deutschland und einigen anderen europäischen Ländern hin zu „grüner“ Mode und bewusstem Konsum und Ernährung wird das Image von vielen Konsumgütern mit Gütesiegeln und Versprechungen immer wichtiger. Aber nicht nur in vielen „konventionellen“ Produkten werden Verbraucherinnen und Verbraucher über Produktionsbedingungen immer noch im Dunkeln gelassen. Die Fülle an Gütesiegeln und Versprechung ist groß und häufig verbergen sich auch hinter Siegeln keine fairen Arbeitsbedingungen, da oft keine klaren Anforderungen bestehen.

## Probleme

Die Muster, durch die Menschen in moderne Sklaverei geraten, sind im Vergleich zu „klassischer“ Sklaverei häufig sehr ähnlich. Menschen werden durch Schulden, mit falschen Versprechungen oder unter Gewaltanwendung und Drohungen in moderne Sklaverei gedrängt. Zu Beginn fast aller Fälle steht dabei die Armut der Betroffenen. Schulden oder die dringende Notwendigkeit, die Familie versorgen zu müssen, können Menschen, besonders in Ländern des Globalen Südens<sup>1</sup>, damals wie heute in starke Abhängigkeit gegenüber ihren Gläubigern drängen.

Der Sklaverei ähnliche Zustände werden vor allem durch einen hohen Preisdruck gefördert. Die notwendige Wettbewerbsfähigkeit und das Ziel der Gewinnmaximierung großer Konzerne erfordern niedrige Preise für die Endverbraucher auf der einen Seite und möglichst niedrige Produktionskosten auf der anderen Seite, um die Gewinnspanne zu maximieren. Das schwächste Glied dieser Produktionskette ist in der Regel der Zulieferbetrieb, der sich fast immer im Globalen Süden befindet.

Das Fehlen von alternativen Jobs nutzen globale Konzerne und ihre lokalen Partner aus, um für niedrigste Löhne unter meist sehr schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten zu lassen. Viele Regierungen von Entwicklungs- oder Schwellenländern lassen dies aus wirtschaftlichen Gründen zu.

Moderne Sklaverei beschränkt sich jedoch nicht auf Länder des Globalen Südens, sondern tritt auch in Europa und Nordamerika auf. Beispielsweise werden junge Mädchen mit Versprechungen wie

---

<sup>1</sup> Der Globale Süden beschreibt entwicklungs- und sozialpolitisch benachteiligte Staaten, die hauptsächlich im südlichen Teil des Globus gelegen sind. Der Begriff beschreibt ein Wohlstandsgefälle, das im Großen und Ganzen von Nord nach Süd zu erkennen ist. Den Gegensatz zum Globalen Süden bildet der Globale Norden, dem die reichen Industriestaaten des Nordens, aber auch z.B. Australien, zugeordnet werden.

lukrativer Arbeit oder einer Anstellung als Au-Pair in andere Länder gelockt und dann ihrer Papiere beraubt. Anschließend werden sie häufig in die Zwangsprostitution gezwungen.

Neben der direkten Ursachenbekämpfung von Armut zur Bekämpfung von moderner Sklaverei spielt auch die mangelnde Transparenz in den Produktionsketten von z.B. Kleidung, Elektronik oder Lebensmitteln bezüglich der Arbeitsverhältnisse und Produktionsbedingungen eine Rolle. Dies erschwert die Strafverfolgung massiv und mindert die Konsequenzen für die Verantwortlichen.

Notwendige Maßnahmen gegen Sklaverei umfassen Strafverfolgung, Opferschutz und allgemein eine Prävention der Versklavung von Menschen – auch als „3-P-Strategie“ zusammengefasst (engl. prosecution, protection, prevention). Die Durchführung dieser Maßnahmen steht allerdings häufig vor Problemen.

Eine Strafverfolgung der Fadenzieher setzt sowohl eine Aussage der Opfer als auch staatsübergreifende Zusammenarbeit voraus. Bei internationalen Interessenkonflikten spielt dann eine gemeinsame Strafverfolgung zuweilen eine geringere Rolle als die politische Situation.

Der Opferschutz kann auch erschwert sein, wenn die Menschen in der Sklaverei ähnlichen Verhältnissen illegal eingewandert sind und Gefahr laufen, abgeschoben zu werden. Außerdem nehmen Menschenhändler ihren Opfern häufig die Ausweispapiere ab, wie z.B. Qatar von Menschenrechtsorganisationen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Fußballweltmeisterschaft vorgeworfen wird. Ohne Dokumente können diese weder fliehen noch sich an die Polizei oder andere Regierungsorgane wenden. Internationale Interessen spielen hier häufig eine größere Rolle als die der Opfer, sodass z.B. zu wenig Druck auf die betroffenen Länder ausgeübt wird.

Nach der Befreiung aus Sklaverei ist für die Betroffenen als nächstes Prävention am wichtigsten. Kommen die Befreiten nämlich in dieselben Verhältnisse zurück, die ihre Versklavung ermöglicht haben – wie z.B. Armut – konnte letztendlich nur wenig bewirkt werden und die Menschen können leicht wieder in der Sklaverei ähnliche Arbeitsverhältnisse gezwungen werden.

Schlüssel gegen dieses Risiko stellen Arbeit, Aufklärung und Bildung dar. Eine Versklavung oder Schuldknechtschaft wird um einiges unwahrscheinlicher, wenn die Menschen selbst für sich sorgen und sich ernähren können und wissen nach welchen Schemata Versklavung oder Schuldknechtschaft funktionieren. In vielen Fällen ist außerdem ein Wissen um die regionalen Umstände und Besonderheiten wichtig, um Sklaverei effektiv und individuell bekämpfen zu können.

Diese Ansätze verfolgen im Teil auch die Sustainable Development Goals (SDGs). Die SDGs sind eine Agenda der Vereinten Nationen, bis 2030 u.a. weniger Armut, eine nachhaltigere Umweltpolitik und bessere Bildungschancen weltweit zu erreichen. Sie sind die Nachfolge der Millennium Development Goals.

## Punkte zur Diskussion

Im Menschenrechtsrat der KARLMUN 2017 sollen Strategien gegen moderne Sklaverei und für verantwortungsvollen Konsum gefunden werden. Grundsatz und Leitfaden hierfür sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Sustainable Development Goals, die menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, weniger Ungleichheiten und nachhaltigen Konsum und Produktion auf den

Weg bringen sollen. Die folgenden Fragen dienen der Orientierung, in welche Richtung eine Diskussion im Gremium laufen könnte und welche Punkte beim Formulieren einer Resolution beachtet werden sollten:

- Denken Sie an die „3-P-Strategie“: Welche Probleme ergeben sich bei der Strafverfolgung, dem Opferschutz und der Prävention?
- Welche Rolle sollen Landesregierungen in der Abolition der Sklaverei spielen? Welche Maßnahmen sollten auf nationaler Ebene eingeführt werden, um extreme Abhängigkeitssituationen zu vermeiden?
- Wie kann Schuldknechtschaften vorgebeugt werden? Sind Arbeitsstandard oder Mindestlöhne eine realistische Möglichkeit, die Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern zu verbessern?
- Was können die Vereinten Nationen gegen Zwangsarbeit tun? Kann zum Beispiel eine engere Zusammenarbeit mit NGOs erfolgen?
- Wie können Verbraucherinnen und Verbraucher in die Problematik involviert werden? Wie können Transparenz und Bewusstsein für die Arbeitsbedingungen in Produktionsstätten geschaffen werden?
- Wie kann die Zusammenarbeit in der internationalen Strafverfolgung verbessert werden? Ist es möglich, die Verfolgung von Sklavenhändlern zu vereinfachen bzw. die Duldung von moderner Sklaverei zu sanktionieren? Ist hierfür eine Definition für moderne Sklaverei notwendig?
- Gibt es Möglichkeiten Arbeitslager oder erzwungenen Militärdienst in den Mitgliedsstaaten einzuschränken?

## Weiterführende Links

- Global slavery index: <https://www.globalslaveryindex.org/>
- Slavery footprint: <http://slaveryfootprint.org/>
- United Nations Übersetzungsdienst: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>
- Aus Politik und Zeitgeschichte: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015: <http://www.bpb.de/apuz/216472/sklaverei>
- Utopia, Übersicht über Gütesiegel: <https://utopia.de/0/produktguide/siegel>
- Amnesty International: Moderne Sklaven, Interview mit Nivedita Prasad, 2012: <https://www.amnesty.de/journal/2012/april/moderne-sklaven>
- Spiegel Online: Themenseite, Sklaverei: <http://www.spiegel.de/thema/sklaverei/>
- Kazim, Hasnain: Auf dem Sklavenschiff: Spiegel Online 2014: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sklaven-und-sklaverei-leibeigene-in-thailand-schuffen-auf-schiffen-a-1004933.html>
- Bayerischer Rundfunk, Puls: Moderne Sklaverei: <http://www.br.de/puls/themen/welt/moderne-sklaverei-100.html>
- Antislavery: <https://www.antislavery.org/slavery-today/modern-slavery/>
- ILO (International Labour Organization): Statistics on forced labour, modern slavery and human trafficking: <http://www.ilo.org/global/topics/forced-labour/statistics/lang--en/index.htm>

## Thema 2:

# Land-Grabbing – Sicherung der Grundbedürfnisse

## 1.0 Einführung:

Am 1. Januar 1984 errang der Staat Brunei die staatliche Unabhängigkeit. Die ehemalige Kolonie des Vereinten Königreichs liegt an der Nordküste von Borneo. Dieses Datum markiert das Ende des Zeitalters der Kolonialisierung. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein war die Kolonialisierung ein zentraler Bestandteil der Außenpolitik europäischer Staaten und eine treibende Kraft in der Bildung weltpolitischer Strukturen.

Zu den zentralen Motivationen dieser Politik zählten u.a. die Ausweitung des Einflussbereiches, das Ausschöpfen bisher ungenutzter Rohstoffe und der Ausbau weltweiten Sklavenhandels. Eine derartige Ausbeute und Fremdbestimmung der betroffenen Länder durch militärische Gewalt ist heutzutage undenkbar und darüber hinaus völkerrechtlich verboten.

Dennoch treten auch im 21. Jahrhundert Situationen auf, bei denen einzelne Länder Teile ihres Bodens abtreten. Dies geschieht jedoch nicht unter Androhung eines militärischen Konfliktes, sondern in Form eines bilateralen Kaufvertrages.

Das Kaufen größerer Bodenflächen einzelner Länder bezeichnet man als „Large Scale Land Based Investments“, im Folgenden abgekürzt als „LSLBI“. Weitere Bezeichnungen, die häufiger in der Literatur verwendet werden, sind „Large Scale Land Acquisitions“ oder „Large Scale Land Leases“. Der Ankauf erfolgt zum größten Teil durch Industrienationen oder Unternehmen aus Industriestaaten.

Im Gegensatz zu der meist gewalttätigen Kolonialisierung einigen sich hier beide Parteien friedlich auf den Erwerb oder Verkauf einer Landfläche und deren Rohstoffe. Die Gründe für eine Landübernahme sind vielseitig, jedoch beziehen sie sich häufig auf erneuerbare Energien, Nahrungsmittelanbau und Finanzinvestitionen.

Im Folgenden wird eine Kurzdarstellung der beteiligten Akteure, eine Zusammenfassung der aktuellsten Entwicklungen und eine Auflistung möglicher Diskussionspunkte festgehalten.

Die Informationen zu den verschiedenen Verträgen der beteiligten Transakteure sind nicht transparent und weit verstreut. Daher ist es hilfreich, auf die Internetseite <http://www.landmatrix.org/en/> zurückzugreifen, da diese einen umfassenden Überblick über Verträge, Hintergrundinformationen und die beteiligten Parteien bietet.

## 2.0 Hauptakteure und Beweggründe:

Um im folgenden Text und in den weiteren Diskussionen eine eindeutige Terminologie zu schaffen, werde diejenigen Länder/Firmen, die Land anmieten/ankaufen als **aktive** Parteien klassifiziert (in der Literatur häufig als „land origins“ oder „investor countries“ bezeichnet). Die Länder, deren Boden angemietet/angekauft werden **passive** Parteien genannt (in der Literatur häufig als „land destinations“ oder „target countries“ bezeichnet).



## 2.1 Beispiele für aktive Parteien:

Einer der Hauptgründe für LSLBI ist der Anbau lebenswichtiger Nährstoffe und der Ausbau der Lebensmittelindustrie. Der Anbau von Nahrungsmitteln ist in einigen Ländern durch natürliche Gegebenheiten, wie erodierter Boden oder Wasserknappheit, eine Herausforderung oder grundsätzlich unmöglich.

Die am stärksten betroffenen Länder sind die Golf-Staaten (insbesondere Katar, Saudi-Arabien und Kuwait), deren Hauptproblem die Wasserknappheit des jeweiligen Landes darstellt.

Um die Versorgung der Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten, sind diese Staaten dazu gezwungen das Defizit an Lebensmitteln durch Import oder den Ankauf von fruchtbaren Böden anderer Staaten auszugleichen.

Ein Beispiel für ein Projekt der Kategorie LSLBI ist die Anmietung von 74.000 ha Land in Argentinien durch die „Qatar Investment Authority“. Dieses Projekt dient dem Anbau von Mais, Reis, Getreide und Sojabohnen.

Eine weitere aktive Partei ist die Volksrepublik China. Das Land ist zwar in der Lage die Grundversorgung an Getreide für die eigene Bevölkerung zu gewährleisten, jedoch ist China auf weitere externe Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln für Vieh angewiesen. Der Mangel wird teilweise durch den direkten Import von Getreide kompensiert, aber zum größten Teil betreibt China zur Versorgungssicherung LSLBI.

Auch ist der Anbau von Nutzpflanzen zwecks der Gewinnung von Biokraftstoffen ein möglicher Investitionsgrund, beispielsweise kaufte China 1845 Hektar Land in Sierra-Leone als Anbaumöglichkeit von Maniok und Zuckerrohr.

## 2.2 Beispiele für passive Parteien:

Passive Parteien erfüllen meist mindestens eines der folgenden Kriterien:

- Fülle an Wasser und fruchtbarem Boden für landwirtschaftlichen Anbau
- Kostengünstiges Personal
- Preiswerter Boden

Zu den passiven Parteien gehören daher vor allem Länder der Regionen Südamerikas, Südasiens, Subsahara-Afrikas und Teile Osteuropas (z.B. die Ukraine).

## 3.0 Mögliche Vorteile und Probleme:

Der Verkauf ungenutzter, fruchtbarer Böden bringt für beide Parteien eines LSLBI Vorteile mit sich. Positive Auswirkungen eines Verkaufs von Land machen sich bei passiven Staaten vor allem in dem Bereich der lokalen Infrastruktur bemerkbar. Hier wird ein großer Wert auf die Bereitstellung zuverlässiger Transportwege und modernster Maschinen gesetzt. Zusätzlich bieten LSLBI Chancen auf den Austausch von Fachwissen in den entsprechenden landwirtschaftlichen Bereichen und eine

Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Verkaufsland und Investoren knüpfen internationale Beziehungen auf einer wirtschaftlichen Ebene.

Allerdings gibt es vor allem im Bereich der Besitzansprüche für Ländereien in einigen Zielländern Probleme. Häufig sind die Besitzansprüche betroffener Landflächen nicht klar geregelt und beruhen vor allem in ländlichen Haushalten auf dem Gewohnheitsrecht. So haben LSLBI z.B. in der Bundesrepublik Nigeria, durch Abholzung und den Anbau von Palmöl-Palmen Plantagen einen negativen Einfluss auf ca. 60.000 Einwohner.

Einhergehend mit dieser Problematik ist der Umstand, dass passive Parteien den eigenen Nahrungsmittelbedarf unterschätzen und damit die Versorgung der Landesbevölkerung mit selbst hergestellten Lebensmitteln gefährden.

Beim Anbau von Pflanzen für die Produktion von Biokraftstoffen bewirkt das häufige Anbauen der gleichen Pflanzenart das Entstehen von Monokulturen. Dies belastet mittel- und langfristig die betreffenden Böden und hindert den Anbau weiterer Pflanzen, Die Pflanzen werden anfälliger für Schädlinge, welche wiederum durch einen höheren Pestizideinsatz bekämpft werden.

Auch auf finanzieller Ebene gibt es Defizite in dem System der LSLBI. Die hohen Investition und extreme Spekulation, Nahrungsmittel als Wertanlage zu verwenden trug als entscheidender Faktor 2007/2008 zu der Lebensmittelpreiskrise in Drittweltländern bei. Es wird geschätzt, dass ca. 13-15 Milliarden US\$ durch Rentenfonds in LSLBI geflossen sind, um jenes Kapital ertragreich anzulegen.

#### 4.0 Aktuelle Entwicklungen:

Derzeit sind ca. 48 Millionen Hektar Land in 1367 Verträgen durch LSLBI verkauft und/oder vermietet. Dabei sind die USA, Malaysia und Singapur die hauptsächlichen Investoren (mit insgesamt ca. 17 Mio. ha), während die Demokratische Republik Kongo, Papua-Neuguinea und Indonesien das meiste Land abgeben (mit insgesamt ca. 14,5 Mio. ha durch LSLBI verkauftes Land).

Der Großteil der LSLBI (ca. 41%) fließt in den Anbau von Nutzpflanzen, die nicht zum direkten Verzehr gedacht sind.

Laufende LSLBI und die aktuellen Entwicklungen, dazu zählen unter anderem Menschenrechtsverletzungen, staatliche Enteignungen, nicht nachhaltiger Anbau und nicht rechtmäßige Arbeitsbedingungen.

Zum aktuellen Zeitpunkt existieren über den Umgang mit LSLBI mehrere nationale Richtlinien und Empfehlungen der UN, trotzdem gibt es keinen übergreifenden rechtlichen Rahmen oder Sanktionierungsmöglichkeiten, durch die Firmen und Länder belangt werden können.

## 5.0 Mögliche Punkte zur Diskussion:

- Führt LSLBI zu einer Enteignung des Landes von Einheimischen?
- Inwiefern kann einer Enteignung des Landes und damit einhergehende Menschenrechtsverletzung entgegengewirkt werden?
- In welchem Maße dürfen/sollten private Unternehmen LSLBI betreiben?
- Wie kann man die Einhaltung der Regulierungen nachhaltig kontrollieren?
- Sollten LSLBI in Gänze verboten werden?
- In welchem Maße kann ein Land seine Ressourcen zur Verfügung stellen?
- Auf welche Aspekte (sozial, politisch, ökonomisch etc..) muss Rücksicht genommen werden?
- Welche alternative Methode kann ein Land wählen, indem die Ernährung der Bevölkerung von LSLBI abhängig ist?
- Wie verfährt man mit den Besitzansprüchen an Land und Boden in einem Land?

## 6.0 Hilfreiche Quellen und Literaturverweise

### 6.1 Allgemeine Informationen zu LSLBIs

- Gironde C., Golay C. , Messerli P. :“Large-Scale Land Acquisitions-Focus South-East Asia“
- De Schutter O. :“Large scale land acquisitions and leases: A set of core principles and measures to address the human rights challenge“; 11.6.2009
- von Braun,J.; Meinzen-Dick, R.:“Land Grabbing by Foreign Investors in Developing Countries: Risks and Opportunities“; 2009

### 6.2 Fokus auf LSLBIs im afrikanischem Raum

- African Union United Nations Economic Commission for Africa: „Guiding principles on large scale land based investments in Africa“ 2014
- African Union United Nations Economic Commission for Africa:„Nairobi action plan on large scale land based investments in Africa“

Für Hintergrundinformationen zu der Agrarwirtschaft spezifischer Länder bieten sich „Grain and Food Annual Reports“ des „United States Department of Agriculture“ an, die eine detaillierte Auflistung der Entwicklungen in den verschiedenen Landwirtschaftsbereichen der einzelnen Länder bietet.

Die mit LSLBI verbundenen Probleme im Menschenrechtsaspekt wurden 2017 in dem Dokumentarfilm „Landless Moroccans“ von Soraya El Kahlaoui festgehalten und zusammenfassend dargestellt.